

"Sonst wird Deutschland ein Abwicklungsfall"

von [Ludwig Greven, Georgsmarienhütte](#)

Michael Wendt hat eine Maschinenbaufirma aufgebaut. Nun fürchtet der Jungunternehmer die Billigkonkurrenz aus Osteuropa - und hofft, dass eine neue Bundesregierung das Land vor dem wirtschaftlichen Niedergang rettet.



Angst vor der Zukunft: Jungunternehmer Michael Wendt

Michael Wendt wirkt wie ein Vorzeigeunternehmer aus dem Bilderbuch: Mit 21 Jahren, noch vor Beginn seines Doppelstudiums als Ingenieur und Betriebswirt, übernahm der gelernte Maschinenschlosser im niedersächsischen Georgsmarienhütte einen kleinen, maroden Drei-Mann-Metallbaubetrieb. "Nach dem vierten Semester hatte ich schon 40 Mitarbeiter", erzählt er in seinem mit rustikaler Schrankwand, schweren Ledermöbeln und Jagd-Trophäen möblierten Büro.

Heute, 14 Jahre später, beschäftigt der 35-jährige Systemanalytiker mehr als 100 Mitarbeiter, die an zwei Standorten Spezialmaschinen vor allem für die Gummi verarbeitende Industrie und Verpackungshersteller sowie medizinische Laborgeräte bauen. Dennoch drücken den Mittelständler Sorgen und Ängste.

Die geringste dabei ist noch die Auftragslage. Die sei aufgrund der breiten Produktpalette "noch einigermaßen gut". Weit mehr fürchtet der Jungunternehmer die immer stärkere Konkurrenz aus dem Ausland. Denn mit seinen Anlagen, etwa zur Herstellung von Zementsäcken oder Keilriemen, konkurriert er heute gegen wesentlich billigere Anbieter aus Rumänien oder Slowenien. "Was wir können, können die bald auch - und die bekommen von uns noch die Blaupausen dazu. Made in Germany zieht nicht mehr."

Gefahr für Produktion

Die Einkäufer einiger seiner Großkunden haben inzwischen die ausdrückliche Vorgabe, die Mehrzahl der Maschinen und Zulieferteile aus Kostengründen im Osten oder im außereuropäischen Ausland zu ordern. "Wenn wir uns nicht gewaltig anstrengen", warnt Wendt aus eigener, schmerzvoller Erfahrung, "gerät der gesamte Produktionsstandort Deutschland in Gefahr." Ohne Produktion aber seien die verbliebenen Arbeitsplätze nicht zu halten. "Nur als Land der Dichter, Denker und Entwickler werden wir nicht überleben."

Mehr denn je sieht der stämmige Unternehmer deshalb die Politik gefordert - und hofft auf eine neue Aufbruchstimmung nach der Bundestagswahl. "Die Regierung muss aufhören, die Probleme der ganzen Welt lösen zu wollen, und sich erstmal um die Probleme im eigenen Land kümmern", fordert er. Dazu gehören für ihn zuvörderst der Abbau der Bürokratie.

Wenn Wendt zeigen will, wie sehr Behördenwillkür und die Flut an Verwaltungsvorschriften ihm und seinen Unternehmer-Kollegen das Leben schwer machen, braucht er nur die Treppe in seine Produktionshalle hinunter zu steigen. Dort lackieren in einer Ecke hinter einer grünen Stahltür zwei Mitarbeiter Maschinenteile. Ohne korrosionsfesten Anstrich nimmt die kein Kunde ab. Nun schreibt aber eine neue Verordnung vor, dass kein Betrieb in Deutschland pro Jahr mehr als fünf Tonnen Lösungsmittel verarbeiten darf. Überschreitet er diese Grenze, muss er sich selbst beim Gewerbeaufsichtsamt melden und ein Konzept vorlegen, wie er die Menge der giftigen Stoffe verringern will.

Lähmende Bürokratie

Deshalb sitzt Wendt einmal im Jahr ein ganzes Wochenende am Schreibtisch und addiert die einzelnen verarbeiteten Lackmengen, multipliziert sie jeweils mit dem Anteil an Lösungsmitteln - und kommt am Ende auf sieben Tonnen. "Um davon runter zu kommen, gibt es für mich nur einen Weg: Ich entlasse einen Mitarbeiter und lasse die Maschinen bei einem Fremdbetrieb lackieren. Dann gibt es einen Arbeitslosen mehr - und kein Gramm Lösungsmittel weniger wird in Deutschland verarbeitet. Aber ich habe die Verordnung erfüllt."

Wendt kann auch von seiner Frau erzählen. Die versucht gerade, im benachbarten Osnabrück einen Frisörsalon zu eröffnen. Weil sie aber schon einen Salon in Hessen besitzt und dort in der Meisterrolle eingetragen ist, müsste sie dafür einen Meister einstellen - was sie sich nicht leisten kann. Verkaufen kann sie ihren bisherigen Betrieb aber vorerst auch nicht: Die junge Angestellte, die den Laden übernehmen will, muss erst noch die Meisterprüfung ablegen - beim einzigen Konkurrenten im Ort.

"Das sind solche Dinge, die Firmengründer gründlich abschrecken. Oder sie geben ganz schnell wieder auf", sagt Wendt, der sich ehrenamtlich beim Bund Junger Unternehmen und der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger engagiert und bei Besuchen an Schulen versucht, das "Zerrbild vom Unternehmer" zu korrigieren. Und die Schüler zu motivieren, vielleicht später einmal selbst den riskanten Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen.

"Wir schaffen die Zukunft"

Von einer neuen Regierung erhofft sich Wendt deshalb vor allem, "dass sie den Wert des Unternehmertums wieder anerkennt und uns nicht als Heuschrecken beschimpft. Denn nur wir schaffen die Zukunft des Landes".

Zudem müsse sie in den ersten 100 Tagen ein Paket vorlegen, wie sie Deutschland wieder nach vorne bringen will. "Das darf ruhig wehtun. Denn noch schlechter als jetzt kann es kaum werden."

Wendt hat dafür aus seiner Praxis als Betriebsleiter sehr konkrete Vorstellungen. So würde er als erstes den Kündigungsschutz für kleinere Betriebe völlig streichen. "Ich könnte momentan zehn Leute zusätzlich gebrauchen. Aber weil ich die nie mehr loswürde, hole ich mir Leiharbeiter." Fiele der Kündigungsschutz, würde er sofort 20 Mitarbeiter zumindest befristet einstellen - trotz der unsicheren Perspektiven. "Wenn am Ende nur zwei übrig blieben, wären es immerhin zwei Arbeitslose weniger. Und 18 hätten wenigstens vorübergehend einen Job."

Entmachten würde der Nachwuchsunternehmer gerne auch die Gewerkschafts- und Arbeitgeberfunktionäre, die die Lohntarife vereinbaren. Denn was Großkonzerne wie VW oder DaimlerChrysler tragen können, ist für kleinere Betriebe wie seinen fast ruinös. "Ein Abschluss von drei Prozent wie zuletzt in der Stahlindustrie - und unsere gesamter Jahresgewinn wäre weg." Wendt ist deshalb vor zwei Jahren aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten.

An den Standort gebunden

Weil ihm jedoch auch sauer aufstößt, dass große Unternehmen in Deutschland wie die Deutsche Bank hohe Gewinne einfahren, trotzdem tausende Mitarbeiter entlassen und dann auch noch wenig Steuern zahlen, würde Wendt das Steuerrecht radikal vereinfachen und alle Subventionen streichen. Seine simple Formel: "Wer Geld verdient, muss Steuern zahlen."

Beim jetzigen Steuerrecht aber sieht er sich als Inhaber einer GmbH & Co. KG gegenüber den großen Kapitalgesellschaften schwer benachteiligt: Als persönlich haftende Gesellschafter müssen er und seine Schwester, die die Buchhaltung besorgt, auch auf einbehaltene Gewinne Einkommensteuer zahlen. Das wiederum schmälert das Eigenkapital der jungen Firma und damit das Rating bei den Banken - ein Teufelskreis. "Läuft es schlecht, ist innerhalb eines Jahres das Eigenkapital weg."

Anders als Großunternehmen können Mittelständler wie Wendt, die an ihre Kunden und Mitarbeiter gebunden sind, oft die Produktion nur schwer ins Ausland verlagern, um den hohen Steuersätzen zu entgehen und die Kosten zu drücken. Deshalb sind sie umso mehr von der Politik abhängig, die in Berlin gemacht wird: "Wir Kleinen können nicht weglaufen"

Daher hofft er fest darauf, dass nach der Wahl und einem Regierungswechsel "Deutschland in Bewegung kommt und die allgemeine Frustration in Zuversicht umschlägt."

Doch seine Skepsis kann der gerade mit einem Umweltpreis ausgezeichnete Unternehmer nicht verleugnen. Schon einmal, 1998, als Gerhard Schröder nach 16 Kohl-Jahren das Ruder übernahm, hoffte Wendt auf den großen "Ruck". Und wurde enttäuscht, auch wenn er in Schröders Reformagenda "einige gute Ansätze" sieht. "Nur: sie kamen zu spät."

Wenn aber auch die neue Regierung versage, sorgt sich Wendt nicht nur um seine eigene Zukunft, "dann haben wir verloren. Dann ist Deutschland nicht mehr ein Sanierungs-, sondern ein Abwicklungsfall."

ftd.de, 05.07.2005

© 2005 Financial Times Deutschland